

Für den Erhalt einer funktionierenden Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Wilhelmshaven und Aurich

RESOLUTION DES KREISTAGES FRIESLAND

Mit dem geplanten Radikalumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) gefährdet die Bundesregierung Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung in der Küstenregion

Die Mitglieder des **Kreistages des Landkreises Friesland** fordern die Bundesregierung auf, von den Plänen für eine Kategorisierung der Bundeswasserstraßen und einen Radikalumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) Abstand zu nehmen.

Die nun von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer vorgelegten Pläne ignorieren die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bundeswasserstraßen und ihre Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Nur mit einer gut ausgestatteten WSV sind die wirtschaftlichen und touristischen Potenziale der Binnen- und Seewasserstraßen in Deutschland zu entwickeln. Die seit 20 Monaten geführte Diskussion um Netzkategorisierung und WSV-Umbau hat zu massiver Verunsicherung bei der Binnenschifffahrt und der verladenden Wirtschaft geführt; Investitionsentscheidungen wurden in erheblichem Umfang zurückgestellt.

Die Bundesregierung plant, einen Großteil der bisher von der WSV wahrgenommenen Aufgaben an private Unternehmen zu vergeben. Doch das von ihr vorgebrachte Kosten-Argument läuft ins Leere: Schließlich musste die Bundesregierung selbst einräumen, dass die zu erfüllenden Aufgaben dadurch zum Teil erheblich verteuert werden. Ein weiterer Ausbau der Vergabe würde die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung immens schwächen und zu einer massiven Abwanderung von Fachkräften führen. Dabei sorgt gerade die große Sachkenntnis und der engagierte Einsatz der Kolleginnen und Kollegen vor Ort dafür, dass die Wasserstraße ihre Vorteile für den Gütertransport nutzen und die Schifffahrt ihre Transportleistung sicher, leise, kostengünstig und umweltfreundlich erfüllen kann.

Die jetzigen Pläne würden die Entwicklung des Wasserstraßennetzes behindern, die Verkehrssicherheit gefährden und die Nutzung der Wasserwege teurer machen – zum Schaden unserer Umwelt, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Wasserstraße und auf Kosten Tausender von Arbeitsplätzen. Sie müssen daher verhindert werden!

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für folgende Ziele einzusetzen:

- einen transparenten Dialog zur Modernisierung der WSV zu führen und alle wesentlichen Ergebnisse der umfangreichen Studien als Entscheidungsgrundlage vorzulegen, bevor abschließende Festlegungen zur Organisation der Verwaltung getroffen werden;
- die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in **Wilhelmshaven und Aurich** in ihrer Funktionalität und Aufgabenstellung zu erhalten;
- umgehend einen Netzzustandsbericht zu den Wasserstraßen vorzulegen und für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Bundeswasserstraßen mit Haushaltsmitteln zu sorgen.